

Anwaltsauftrag

..... (Auftraggeber)

..... (Gegner)

AZ:

erteilt/erteilen hiermit Rechtsanwälte Honold & Partner mbB, Beethovenstraße 1, 76133 Karlsruhe (nachfolgend: Die Rechtsanwälte) den Auftrag, zu den nachstehenden Bedingungen in folgender Angelegenheit für ihn/sie tätig zu werden:

1. Gegenstand der Tätigkeit; Gebührenhinweis

Der Gegenstand des Mandats und die zur Bearbeitung gewünschten Tätigkeiten der Rechtsanwälte werden zwischen dem Mandanten und den Rechtsanwälten gesondert vereinbart. Die im Rahmen der Mandatsbearbeitung zu leistende Rechtsberatung der Rechtsanwälte bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland, sie umfasst keine steuerrechtliche Beratung. Etwaige steuerliche Auswirkungen hat der Mandant durch fachkundige Dritte (z.B. Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) auf eigene Veranlassung klären zu lassen und etwaige Gestaltungsanforderungen den Rechtsanwälten mitzuteilen. Sofern die Rechtssache ausländisches Recht berührt, weisen die Rechtsanwälte hierauf rechtzeitig hin.

Die Rechtsanwälte sind berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats Mitarbeiter, andere Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte und sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, verpflichten sich die Rechtsanwälte, zuvor die Zustimmung des Mandanten einzuholen.

Die Korrespondenzsprache ist Deutsch. Der Anwalt haftet nicht für Fehler bei der Übersetzung fremdsprachlicher Korrespondenz oder Dokumente. Das Gleiche gilt für etwaige Fehler aus der Verletzung oder Nichtbeachtung ausländischen Rechts.

Die für die anwaltliche Tätigkeit zu erhebenden Gebühren richten sich nach dem Gegenstandswert oder nach einer getroffenen Vergütungsvereinbarung.

2. Pflichten der Rechtsanwälte

a) Rechtliche Prüfung

Die Rechtsanwälte werden die Rechtssache des Mandanten sorgfältig prüfen, ihn über das Ergebnis der Prüfung unterrichten und gegenüber Dritten die Interessen des Mandanten im jeweils beauftragten Umfang rechtlich vertreten.

b) Verschwiegenheit

Die Rechtsanwälte sind berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was den Rechtsanwälten im Rahmen des Mandats durch den Mandanten anvertraut oder sonst bekannt wird. Insoweit steht den Rechtsanwälten grundsätzlich ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Über das Bestehen eines Mandats und Informationen im Zusammenhang mit dem Mandat dürfen sich die Rechtsanwälte gegenüber Dritten, insbesondere Behörden, grundsätzlich nur äußern, wenn der Mandant die Rechtsanwälte vorher von ihrer Schweigepflicht entbunden hat.

c) Verwahrung von Geldern

Für den Mandanten eingehende Gelder werden die Rechtsanwälte treuhänderisch verwahren und – vorbehaltlich Ziff. 7 – unverzüglich auf schriftliche Anforderung des Mandanten an die von ihm benannte Stelle ausbezahlen.

d) Rechtsmittel

Der Anwalt ist zur Einlegung von Rechtsmitteln oder Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, wenn er einen hierauf gerichteten schriftlichen Auftrag erhalten und diesen auch angenommen hat.

3. Obliegenheiten des Mandanten

Eine erfolgreiche Mandatsbearbeitung ist nur bei Beachtung der folgenden Obliegenheiten gewährleistet:

a)Umfassende Information

Der Mandant wird die Rechtsanwälte über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und ihnen sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln. Der Mandant wird während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit den Rechtsanwälten mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten in Kontakt treten.

b)Vorsorge bei Abwesenheit und Adressänderung

Der Mandant wird die Rechtsanwälte unterrichten, wenn er seine Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse etc. wechselt oder über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar ist.

c)Sorgfältige Prüfung von Schreiben der Rechtsanwälte

Der Mandant wird die ihm von den Rechtsanwälten übermittelten Schreiben und Schriftsätze der Rechtsanwälte sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

d)Rechtsschutzversicherung

Soweit die Rechtsanwälte auch beauftragt sind, den Schriftwechsel mit der Rechtsschutzversicherung zu führen, werden diese von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung ausdrücklich befreit. In diesem Fall versichert der Mandant, dass der Versicherungsvertrag mit der Rechtsschutzversicherung weiterhin besteht, keine Beitragsrückstände vorliegen und in gleicher Angelegenheit keine anderen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte beauftragt sind.

e) Mandatsbeendigung

Der den Rechtsanwälten erteilte Auftrag kann nur schriftlich entzogen werden.

4. Prozesskostenhilfe / Verfahrenskostenhilfe

Beabsichtigt der Mandant für das gerichtliche Verfahren Prozesskostenhilfe (PKH) bzw. Verfahrenskostenhilfe (VKH) zu beantragen, umfasst der insoweit erteilte Auftrag lediglich das Antragsverfahren. Er endet daher spätestens mit Abschluss des Hauptsacheverfahrens für welches PKH/VKH bewilligt wurde.

Dem Mandanten ist bekannt, dass das Gericht bis zu vier Jahre nach Abschluss des Hauptsacheverfahrens die wirtschaftlichen Verhältnisse des Mandanten überprüfen kann, § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO. Dieses PKH/VKH-Überprüfungsverfahren ist aber nicht Gegenstand dieses Auftrags.

Der Mandant ist darauf hingewiesen worden, dass er nach Bewilligung von PKH/VKH persönlich verpflichtet ist, dem Gericht unaufgefordert eine Änderung seiner Anschrift und wesentliche Verbesserungen seiner Einkommens- bzw. Vermögensverhältnisse mitzuteilen.

Diese Pflicht endet vier Jahre nach rechtskräftiger Entscheidung oder sonstiger Beendigung des Hauptsacheverfahrens.

5. Unterrichtung des Mandanten per Fax

Soweit der Mandant den Rechtsanwälten einen Faxanschluss mitteilt, erklärt er sich damit bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung einverstanden, dass die Rechtsanwälte ihm ohne Einschränkungen über dieses Fax mandatsbezogene Informationen zu senden. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Faxgerät haben und dass er Faxeingänge regelmäßig überprüft. Der Mandant ist verpflichtet, die Rechtsanwälte darauf hinzuweisen, wenn Einschränkungen bestehen, etwa das Faxgerät nur unregelmäßig auf Faxeingänge überprüft wird oder Faxeinsendungen nur nach vorheriger Ankündigung gewünscht werden.

6. Unterrichtung des Mandanten per E-Mail

Soweit der Mandant den Rechtsanwälten eine E-Mail-Adresse mitteilt, willigt er jederzeit widerruflich ein, dass die Rechtsanwälte ihm ohne Einschränkungen per E-Mail mandatsbezogene Informationen zusenden. Im Übrigen gilt Ziff. 5 entsprechend. **Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist.** Soweit der Mandant zum Einsatz von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren die technischen Voraussetzungen besitzt und deren Einsatz wünscht, teilt er dies den Rechtsanwälten mit.

7. Zahlungspflicht des Mandanten, Abtretung, Kostenerstattung

Der Mandant ist verpflichtet, auf Anforderung der Rechtsanwälte einen angemessenen Vorschuss und nach Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung der Rechtsanwälte zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen. Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in Höhe der Honorarforderung der Rechtsanwälte hiermit an diese ab. Diese nehmen die Abtretung an. Die Rechtsanwälte dürfen eingehende Zahlungen auf offene Honorarforderungen, auch aus anderen Angelegenheiten, verrechnen.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergesichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

8. Haftung der Rechtsanwälte

Für mündliche oder telefonische Auskünfte besteht nur dann eine Haftung des Anwalts, wenn diese schriftlich bestätigt wurden.

Die Haftung der Rechtsanwälte für einfache Fahrlässigkeit ist auf einen Betrag von € 2.500.000,00 je Schadenfall begrenzt. Für den Begriff des Schadenfalles gelten die Versicherungsbedingungen der Haftpflichtversicherung der Rechtsanwälte, die auf Wunsch dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden.

Die Haftung der Rechtsanwälte erstreckt sich nur auf rechtlichen, nicht jedoch auf wirtschaftlichen Rat.

Der Auftraggeber wurde darauf hingewiesen, dass etwaige Schadenersatzansprüche gegen die Rechtsanwälte aus Verletzung des Anwaltsvertrages in drei Jahren von dem Zeitpunkt an verjähren, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens aber in drei Jahren nach der Beendigung des Auftrages.

9 . Aktenaufbewahrung und Vernichtung

Die Verpflichtung zur Aufbewahrung der Handakten der Rechtsanwälte erlischt fünf Jahre nach Beendigung des Auftrages. Die Rechtsanwälte sind nicht verpflichtet, Original-Titel zugunsten des Auftraggebers länger als 5 Jahre aufzubewahren.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass Handakten der Rechtsanwälte bis auf die Kostenakte und etwaige Titel nach Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Mandats (§ 50 Abs. 2 S. 1 BRAO) vernichtet werden, sofern der Mandant diese Akten nicht in der Kanzlei der Rechtsanwälte vorher abholt. Im Übrigen gilt § 50 Abs. 2 S. 2 BRAO.

10. Geltung dieser Vereinbarung für künftige Mandate

Die vorstehenden Mandatsbedingungen gelten auch für künftige Mandate, soweit nichts Entgegenstehendes schriftlich vereinbart wird.

11. Zuständige Verbraucherschlichtungsstelle

Für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Rauchstraße 26, 10787 Berlin,

www.s-d-r.org, schlichtungsstelle@s-d-r.org

zuständig. Die Rechtsanwälte Honold & Partner mbB sind grundsätzlich bereit, an Streitbelegungsverfahren bei der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft teilzunehmen.

12. Schlussbestimmung

Die etwaige Rechtsunwirksamkeit einer Bedingung berührt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bedingungen nicht.

Mit den vorstehenden Allgemeinen Mandatsbedingungen bin ich (sind wir) einverstanden.

Ort, Datum, Unterschrift Auftraggeber

Hinweise zur Datenverarbeitung

Hiermit bestätige ich, die Hinweise zur Datenverarbeitung erhalten zu haben

Ort, Datum, Unterschrift Auftraggeber